

Kürzungen - Streit um Rieckhof eskaliert

Von "Dampfplauderei ohne Belege" ist die Rede. Von einem Versuch, dem Rieckhof die Existenzgrundlage zu entziehen auch. Ebenso die Kritik, dass Geld zweckentfremdet eingesetzt wurde, steht im Raum. Nachdem Harburgs SPD beschlossen hat, dem Rieckhof 35 280 Euro an Zuschüssen zu kürzen, ist ein offener Streit entbrannt.

Harburg. Betrieben wird das 1984 eröffnete Veranstaltungszentrum von einem Verein, dessen Vorsitzender Jörn Hansen ist. 655 000 Euro erhält dieser jährlich aus öffentlichen Mitteln für den Betrieb. 286 500 Euro Miete für das Gebäude gehen an die Stadt als Eigentümer wieder zurück. Rund 35 000 Euro stammen aus den sogenannten Mitteln für offene Kinder- und Jugendarbeit. Dieses Geld ist Kern der Diskussion. Der Rieckhof erhält das Geld zu Recht, findet Hansen, wie er bereits bei Bekanntgabe der Kürzungspläne deutlich machte: "2011 waren von den 121 Veranstaltungen im Rieckhof 52 ganz oder zum Teil für Kinder und Jugendliche konzipiert. Etwa 7650 Kinder und Jugendliche haben diese Veranstaltungen besucht." Die SPD vertritt einen anderen Standpunkt, hat diesen Posten am Dienstagabend gekürzt. Jürgen Heimath, SPD-Fraktionsvorsitzender, begründet: "Dieser Betrag ist in den vergangenen Jahren zum größten Teil nicht in die offene Kinder- und Jugendarbeit geflossen, sondern wurde für andere Zwecke verbraucht."

Vor allem diese Kritik nutzt die CDU für eine Attacke. "Damit unterstellt die Harburger Mehrheitsfraktion (. . .), dass die Verantwortlichen des erfolgreichen Freizeit- und Kulturzentrums Rieckhof gesetzeswidrig öffentliche Gelder zweckentfremdet hätten", so der CDU-Fraktionsvorsitzende Ralf-Dieter Fischer: "Ein derartiger Vorwurf ist ungeheuerlich und als Dampfplauderei ohne Belege anzusehen." Fischer weiter: "Der, der Kreuzzüge beginnt, sollte aus der Geschichte gelernt haben, dass er nach kurzer Zeit zurückgetrieben wird."

Nachdem die Kürzungen beschlossen wurden, legt Hansen nach. "Die SPD-Fraktion tut alles, um dem Rieckhof im 29. Jahr die Existenzgrundlage zu entziehen." Und: "Wir hoffen, dass möglichst viele unserer Besucher bei der nächsten Wahl ihren Protest dagegen zum Ausdruck bringen." Fortsetzung folgt . . .

Von Florian Kleist